



Institut für  
Wirtschaftsforschung  
Halle

# Wirtschaft im Wandel

12/1996

Aktuelle Trends

*Arbeitsgruppe Konjunktur*

Deutschland 1996/97:  
Schwacher wirtschaftlicher Aufschwung

*Hilmar Schneider*

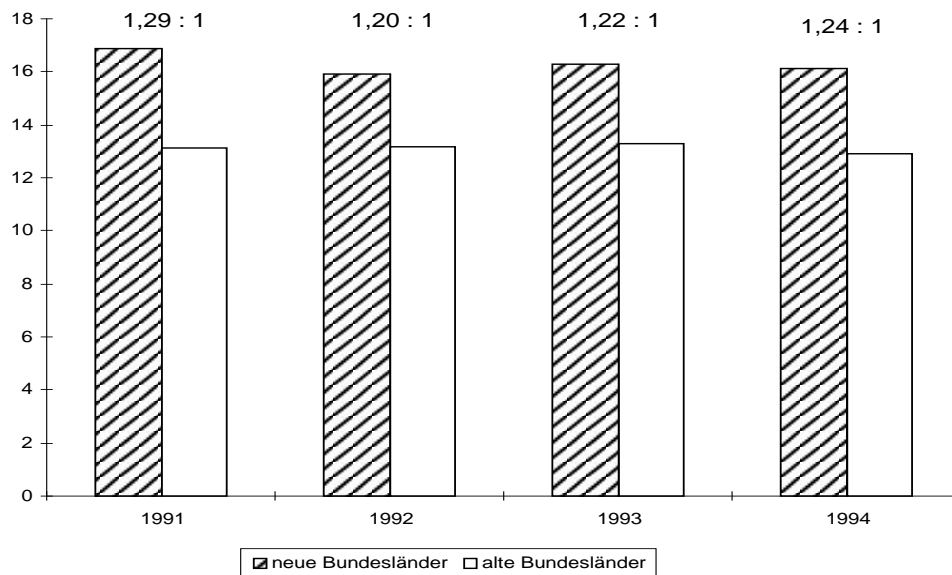
Arbeitsmarkt Ostdeutschland 96/97:  
Keine weitere Beschäftigungsexpansion

*Thomas Meißner*

Standortnachteile Mittel- und Osteuropas  
durch unzureichende Straßen- und Bahnnetze

## Aktuelle Trends

### Industriestrom in Ostdeutschland deutlich teurer als in Westdeutschland - Durchschnittserlöse der Elektrizitätsversorger aus Industriestrom in Pf/kWh<sup>a</sup> -



<sup>a</sup> Höchst-, Hoch- und Mittelspannung, ohne Ausgleichsabgabe und ohne Mehrwertsteuer.

Quelle: Die Elektrizitätswirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1994, VWEV-Verlag, Frankfurt/Main 1996, S. 56.

In der Diskussion um die ostdeutschen Strompreise für industrielle Verbraucher gilt es zu berücksichtigen, daß es sich hierbei zumeist um Sondervertragskunden handelt, die individuelle Verträge mit den Energieversorgungsunternehmen abschließen können. Um deren Ausgaben für eine Einheit bezogenen Stroms zu ermitteln, lassen sich die durchschnittlichen Erlöse der Energieversorger aus dem Verkauf von Industriestrom an Sondervertragskunden als Indikator heranziehen. Diese lagen im ostdeutschen Durchschnitt im Jahr 1994 um 24 vH über dem durchschnittlichen Niveau Westdeutschlands. Im Ost-West-Vergleich ist die Energiekostenbelastung je Einheit bezogenen Stroms für diesen Kundenkreis also deutlich größer, als es Strompreisvergleiche auf der Basis von Musterpreislisten nahelegen. Diese Musterpreise liegen im Durchschnitt um etwa 10 vH über dem westdeutschen Niveau. Sie dienen jedoch lediglich als Ausgangsbasis für die individuell auszuhandelnden Verträge.

Zu erklären ist, weshalb die West-Ost-Unterschiede bei den tatsächlichen Ausgaben der Industrieunternehmen für eine Einheit Strom größer sind als bei den Musterpreisen. Ein wichtiger Grund hierfür ist, daß die von den Elektrizitätsversorgern in Rechnung gestellten Preise für Industriestrom auch von den abgenommenen Mengen und der zeitlichen Struktur des Verbrauchs abhängen. Aufgrund der Preisstruktur für elektrischen Strom – in der Unterteilung nach fixem Leistungs- und variablem Arbeitspreis – führen hohe jährliche Abnahmemengen mit einer vorher bekannten (vertraglich vereinbarten) gleichmäßigen Jahresverteilung zu niedrigen Preisen pro kWh. In gleicher Richtung wirken zusätzliche Preisrabatte, Nachlässe und andere Sonderkonditionen, die vornehmlich Abnehmern größerer Mengen eingeräumt werden. Die meisten Unternehmen in den neuen Ländern beziehen jedoch vergleichsweise niedrige Strommengen, so daß fixe Strompreisbestandteile stärker ins Gewicht fallen. Hinzu kommen höhere Schwankungen in den Abnahmemengen, die eine kostengünstige Bereitstellung von Strom erschweren. Darüber hinaus sind aber auch die Einflußmöglichkeiten der meist kleinen Unternehmen in Ostdeutschland bezüglich der Vertragsgestaltung geringer.

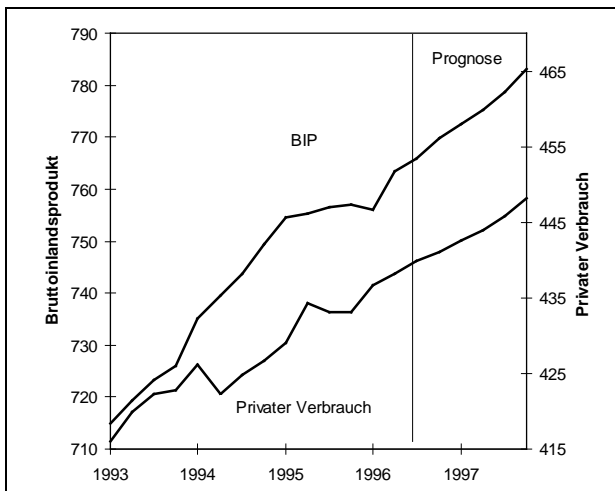
## Deutschland 1996/97: Schwacher wirtschaftlicher Aufschwung

Das Statistische Bundesamt hat für das zweite Vierteljahr ein deutliches Anziehen der Konjunktur gemeldet. So wünschenswert eine Fortsetzung dieser Entwicklung wäre, so fehlt jedoch dafür nach Auffassung des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) eine ganz entscheidende Voraussetzung: ein kräftiger Impuls, der eine nachhaltige Konjunkturbeschleunigung anstößt. Übertriebene Hoffnungen sind deshalb vorerst nicht angebracht.

### Gesamtdeutsche Konjunktur im Überblick

Die Konjunktur in Deutschland hat sich nach der Wachstumsdelle – im Winterhalbjahr 1995/96 änderte sich das Produktionsniveau wenig – wieder belebt. Aus der Schwächephase herausgeführt wurde die deutsche Wirtschaft im ersten Halbjahr vor allem durch den privaten Konsum. Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte nahmen infolge steuerlicher Entlastungen und familienpolitischer Maßnahmen zu und regten höhere Konsumausgaben an. Das Preisklima ist ruhig. Nach verhaltenem Beginn trägt seit dem zweiten Vierteljahr auch die Ausfuhr verstärkt zur konjunkturellen Aufwärtsentwicklung bei. Die Exportunternehmen haben die Belastung, die von der anhaltenden Höherbewertung der D-Mark im Jahre 1995 ausgegangen ist, verkraftet und es ist ihnen gelungen, in neuen Märkten zu expandieren.

Abbildung 1:  
Bruttoinlandsprodukt und privater Verbrauch in Deutschland  
- in Mrd. DM zu Preisen von 1991 -



Alle Werte sind saison- und arbeitstäglich bereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV4).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Prognose des IWH.

Der konjunkturelle Aufschwung wird jedoch von der weiter schwachen Investitionstätigkeit gebremst. Die Bauinvestitionen sind in diesem Jahr rückläufig, auch wenn es in Reaktion auf die Produktionsausfälle während des harten Winters vorübergehend zu Aufholeffekten kommt. Die Ausrüstungsinvestitionen erholen sich trotz vorhandener Gewinnpolster der Unternehmen und niedriger Kapitalmarktzinsen nur langsam.

Tabelle 1:  
Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Deutschland 1996/1997

	1995	1996	1997
	reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH		
Privater Verbrauch	1,8	1,5	1,5
Staatsverbrauch	2,0	2,0	1,0
Anlageinvestitionen	1,5	- 1,5	0,0
Ausrüstungen	2,0	0,5	2,0
Bauten	1,2	- 2,5	- 1,0
Letzte incl. Verwendung	2,1	1,0	1,5
Ausfuhr	5,9	3,5	5,0
Einfuhr	6,4	2,0	3,5
Bruttoinlandsprodukt	1,9	1,0	1 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>
Westdeutschland	1,6	1,0	1 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>
Ostdeutschland	5,3	3,0	2,0
	in Tsd. Personen		
Erwerbstätige (Inland)	34.868	34.510	34.465
Westdeutschland	28.482	28.195	28.195
Ostdeutschland	6.386	6.315	6.270
Arbeitslose	3.612	3.940	3.995
Westdeutschland	2.565	2.765	2.795
Ostdeutschland	1.047	1.175	1.200
	in vH		
Arbeitslosenquote <sup>a</sup>	9,4	10,2	10,4

<sup>a</sup> Arbeitslose in vH der Erwerbspersonen (Inland).

Quelle: Statistisches Bundesamt, IWH-Prognose.

Vor diesem Hintergrund wird das gesamtwirtschaftliche Wachstum 1996 mit etwa 1 vH gering bleiben und das derzeitige konjunkturelle Verlaufsmuster läßt wenig Hoffnung, daß es im nächsten Jahr zu einer kräftigen Wachstumsbeschleunigung kommen wird. Da es kaum Anzeichen für eine Selbstverstärkung der Wachstumskräfte gibt, erwartet das IWH für 1997 lediglich eine Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts von 1<sup>3</sup>/<sub>4</sub> vH. Das

Produktionswachstum bleibt damit zu schwach, um eine Wende am Arbeitsmarkt zu mehr Beschäftigung zu vollziehen.

In vergangenen Aufschwungsphasen ist der konjunkturelle Funke von einem Primärimpuls – in der Regel einem kräftigen Exportanstieg – zunächst auf die Investitionstätigkeit und dann auf den privaten Verbrauch übergesprungen. Auch in diesem Jahr regt die Ausfuhr die Produktion an, zumal sich die Exportaussichten nach der Rückbildung der Höherbewertung der D-Mark vom Frühjahr 1995 gebessert haben. Der Impuls scheint jedoch zu schwach zu sein, um die Investitionstätigkeit zu beleben.

Auch für eine kräftige Erhöhung des Konsums reicht er nicht aus. Produktion und Einkommen steigen zwar, aber zugleich geht die Beschäftigung weiter zurück. Damit wachsen die verfügbaren Einkommen nur langsam. Der Anstieg des privaten Verbrauchs in diesem Jahr ist somit nicht in erster Linie Reflex einer Steigerung der verfügbaren Einkommen infolge höherer Beschäftigung, sondern auf anregende Wirkungen der Finanzpolitik zurückzuführen. Für 1997 sind jedoch per saldo weder finanzielle Entlastungen der privaten Haushalte in Sicht, noch ist ein Beschäftigungsanstieg zu erwarten, der das Wachstum der verfügbaren Einkommen verstärkt. Da für 1997 auch mit einer dämpfenden Wirkung der Finanzpolitik zu rechnen ist, wird der Export zur entscheidenden Stütze der Konjunktur. Sein Zuwachs dürfte aber im Vergleich zu früheren Aufschwungsphasen eher moderat ausfallen, sofern die Sparprogramme, die von den wichtigsten Handelspartnern angekündigt wurden, um die fiskalischen Referenzwerte für den Eintritt in die Europäische Währungsunion zu erreichen, durchgesetzt werden und mäßigend auf die jeweilige Binnenkonjunktur wirken.

Damit gehen wenig Impulse auf die Investitionstätigkeit aus, die der Schwachpunkt des Konjunkturaufschwungs bleibt. Zwar wird der Rückgang der Bauinvestitionen aufgrund der Reform der Wohneigentumsförderung ausklingen. Aber die Ausrüstungsinvestitionen werden zu langsam steigen, um das gesamtwirtschaftliche Produktionswachstum in Deutschland zu verstärken. Auch die Gefahr eines Rückschlages auf die Investitionstätigkeit in Deutschland im Falle wieder steigender Kapitalmarktzinsen in den USA ist nicht auszuschließen.

Gelingt es in nächster Zeit nicht, einen deutlichen Umschwung bei der Investitionstätigkeit in neue Ausrüstungen zu erzeugen, so ziehen Gefah-

ren auch für die Entwicklung des Produktionspotentials auf mittlere Sicht auf. Angesichts der erwarteten moderaten Lohnentwicklung, des geringen Preisanstiegs und des stabilen Wechselkurses sind wichtige Voraussetzungen für eine Investitionsbelebung vorhanden. Es fehlt jedoch ein Impuls, der die selbstverstärkenden Prozesse eines kräftigen Wirtschaftswachstums in Gang setzt.

### *Annahmen der Prognose*

- Die Tariflohnentwicklung hat sich in diesem Jahr mit einem durchschnittlichen Anstieg von knapp 3 vH abgeschwächt und weist im Jahresverlauf eine sinkende Tendenz auf. In Westdeutschland steigen die Tariflöhne mit einer Rate von gut 2 vH, in Ostdeutschland mit 5 vH. Im nächsten Jahr dürften die Tarifabschlüsse in Anbetracht der sich verfestigenden Arbeitslosenquote von 10 vH erneut moderat ausfallen. Der durchschnittliche Anstieg von reichlich 2 vH im Jahre 1997 wird sich aus einem Zuwachs von knapp 2 vH in Westdeutschland und rund 4 vH in Ostdeutschland zusammensetzen.
- Von den Tariflöhnen wird im nächsten Jahr kein nennenswerter Preisdruck ausgehen. Angesichts der derzeit deutlich unter dem Normalwert liegenden Kapazitätsauslastung dürfte auch vom verhaltenen Aufschwung im nächsten Jahr kein Inflationsimpuls kommen. Weder von den Rohstoffen noch von den Importpreisen ist eine Beschleunigung des Preisniveaueauftriebs zu erwarten.
- Die Bundesbank wird die Refinanzierungssätze bis weit in das Jahr 1997 hinein auf dem derzeit niedrigen Niveau belassen. Es gibt keine Anzeichen für eine Beschleunigung der niedrigen Inflationsrate und das zu erwartende Wirtschaftswachstum ist verhalten, so daß eine Anhebung der Leitzinsen frühestens in der zweiten Jahreshälfte 1997 zu erwarten ist, und nur dann, wenn für 1998 eine kräftige Beschleunigung des wirtschaftlichen Aufschwungs in Sicht ist.
- Die Kapitalmarktzinsen werden Ende 1996 voraussichtlich tendenziell ansteigen. Ursächlich für diese Erhöhung ist nicht die binnenwirtschaftliche Entwicklung, sondern ein Anstieg des Zinsniveaus in den Vereinigten Staaten. Angesichts des ungebrochenen wirtschaftlichen Aufschwungs in den Vereinigten Staaten und des sich abzeichnenden Lohndrucks wird die US-Notenbank voraussichtlich noch in diesem Jahr geldpolitisch restriktiv wirken und einen Anstieg der US-amerikanischen Geld- und Kapitalmarktzinsen herbeiführen. Die dadurch ausgelösten Portfolioumschichtungen

internationaler Anleger bewirken einen Anstieg der deutschen Kapitalmarktzinsen und eine leichte Abwertung der D-Mark gegenüber dem US-Dollar. Der Wechselkurs der D-Mark zum US-Dollar dürfte sodann zu einem Niveau knapp über 1,50 DM tendieren, das für diese Prognose gesetzt ist. Es ist zu erwarten, daß sich das Geldmengenwachstum infolge der erweiterten Zinsspanne zwischen dem deutschen Geld- und Kapitalmarkt tendenziell erneut verlangsamt.

- Während die D-Mark gegenüber dem US-Dollar Ende 1996 geringfügig abwertet und sich der Dollar auf einem Niveau von gut 1,50 DM stabilisiert, bleiben die nominalen Wechselkurse gegenüber den EU-Ländern unverändert. Der nominale Außenwert der D-Mark sinkt somit geringfügig.
- In der Finanzpolitik werden die vorgesehenen Sparmaßnahmen umgesetzt, und der Solidaritätszuschlag wird zu Beginn des kommenden Jahres gesenkt. Nach der stützenden Wirkung in diesem Jahr wird die Finanzpolitik im kommenden Jahr eher dämpfenden Einfluß auf die Konjunktur ausüben.

#### **Exportkonjunktur nach Flaute wieder im leichten Aufwind**

Die deutschen Ausfuhren haben im Verlaufe von 1996 wieder etwas an Schwung gewonnen, nachdem sie noch zu Beginn des Jahres deutlich an Dynamik verloren hatten. Für die ersten fünf Monate zeigen die Ergebnisse der Spezialhandelsstatistik im Vorjahresvergleich eine Zunahme der deutschen Warenausfuhren um 4,4 vH. Von der schwachen Auslandskonjunktur in Westeuropa sind wenig Impulse auf die deutschen Exporte ausgegangen. Darüber hinaus hat wohl auch die kräftige Aufwertung der D-Mark vom Frühjahr 1995 mit einiger zeitlichen Verzögerung die Exportentwicklung beeinträchtigt. Andererseits wurden bemerkenswerte Zuwächse im Handel mit den Ländern Mittel- und Osteuropas sowie der südostasiatischen Region erreicht. Offenbar gelingt es deutschen Unternehmen, sich in dynamischen Wachstumsmärkten zu etablieren.

In den westeuropäischen Industrieländern haben sich die Perspektiven für eine Beschleunigung der konjunkturellen Aufwärtsentwicklung aufgrund niedriger Zinsen verbessert. Allerdings sind die Nachfrageimpulse sowohl von den Investitionen als auch dem privaten Verbrauch bisher noch nicht durchgreifend genug. Auch die öffentlichen Haushalte wirken kaum nachfrageerhöhend, weil sie angehalten sind, ihre hohe Verschuldung abzubauen und anstehende Sparprogramme durchzusetzen.

Tabelle 2  
Deutsche Aus- und Einfuhren 1995 nach Regionen (Spezialhandel)<sup>a</sup>  
- Angaben in vH -

Region	Ausfuhr		Einfuhr	
	Anteil	Entw. geg. Vj	Anteil	Entw. geg. Vj
Gesamt	100,0	5,4	100,0	2,8
davon:				
INTRA-EU-Handel	57,0	3,6	54,7	1,0
EXTRA-Handel	43,0	7,8	45,3	5,1
darunter:				
Mittel-u.Osteuropa	7,5	14,0	8,3	18,0
CEFTA	4,8	21,9	5,2	25,9
ASEAN	2,8	15,9	2,6	- 1,9
MERCOSUR	1,3	25,7	1,0	- 6,2
USA	7,5	0,8	0,5	7,1
Japan	2,6	5,1	5,5	3,0

<sup>a</sup> Da das Statistische Bundesamt eine Anpassung der Globalergebnisse 1995 für den Spezialhandel (Ausfuhr + 17 Mrd. DM, Einfuhr + 23 Mrd. DM) vorgenommen hat, die mit Schwierigkeiten bei der Umstellung des Ergebnisverfahrens von Außenhandelsdaten innerhalb der EU begründet wurde, bleibt bis zur detaillierten Aufteilung der Differenzen (voraussichtlich im November d. J.) abzuwarten, welche weiteren Änderungen sich daraus ableiten lassen. Vermutlich wird die Entwicklung des Intra-EU-Handels günstiger ausfallen als bisher ausgewiesen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, IWH-Berechnungen.

Für die deutschen Ausfuhren zeichnet sich nach verhaltenem Beginn 1996 eine beschleunigte Zunahme im Verlauf dieses und des nächsten Jahres ab. Dafür sprechen die aufwärts gerichtete Entwicklung der Auslandsbestellungen und die wieder verbesserte preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Produkte nach der Zurückbildung der Höherbewertung der D-Mark. Wird auch das Auslandsgeschäft mit Westeuropa vorerst noch schwächer bleiben, so kommen weiterhin Impulse aus den dynamisch wachsenden Märkten in Mittel- und Osteuropa sowie Südostasien. Insgesamt erwartet das IWH für Deutschland eine Zunahme der Exporte 1996 von knapp 3,5 vH und 1997 um 5 vH.

Tabelle 3:  
Ausfuhr und Einfuhr Deutschlands an Waren und Dienstleistungen  
- in Preisen 1991 -

	1995	1996	1997
	in Mrd. DM		
Ausfuhr	788,5	815	855
Einfuhr	803,4	819	847
Außenbeitrag	- 14,9	- 4	8
	Veränderungen geg. Vorjahr in vH		
Ausfuhr	5,9	3,5	5,0
Einfuhr	6,4	2,0	3,5

Quelle: Statistisches Bundesamt, IWH-Prognose.

Der konjunkturelle Aufschwung in Deutschland bleibt schwach und strahlt wenig auf die Importe aus. Die deutschen Warenimporte werden deshalb im weiteren Verlauf dieses Jahres nur etwas, im nächsten Jahr jedoch mit der allmählichen Konjunkturerholung stärker zulegen. Es werden sowohl Ge- und Verbrauchsgüter als auch in zunehmendem Maße Investitionsgüter importiert. Impulse dafür gehen von der allmählichen Belebung der Investitionstätigkeit der Unternehmen aus. Auch die Dienstleistungsimporte, deren Dynamik vor allem durch die Zunahme des Reiseverkehrs geprägt ist, werden sich weiter erhöhen, wenn auch wegen der schwächeren Einkommensentwicklung der privaten Haushalte weniger expansiv als die Warenimporte insgesamt. Insgesamt dürften die Importe 1997 um 3,5 vH ansteigen, nach 2 vH im Jahre 1996.

Angesichts des hohen Wettbewerbsdrucks auf den Außenmärkten und der schwachen Konjunktur bei den Haupthandelspartnern werden die Ausfuhrpreise nur mäßig steigen. Auch für Preiserhöhungen bei Importen bleibt der Spielraum wegen der schwachen Konjunktur 1996 und 1997 eher gering.

Alles in allem wird die Ausfuhr von Waren sowohl in diesem als auch im nächsten Jahr schneller wachsen als die Einfuhr, so daß sich der positive Handelsbilanzsaldo gegenüber 1995 weiter erhöhen wird. Dieser Überschuß dürfte aber zunächst nicht ausreichen, um den passiven Stand der Leistungsbilanz insgesamt aufzuheben. Allerdings wird sich das Defizit weiter deutlich verringern; 1996 dürfte es nur noch halb so groß sein wie 1995, und 1997 könnte die Bilanz fast ausgeglichen werden.

### ***Privater Verbrauch stützt trotz abflachender Entwicklung weiterhin die Konjunktur***

Der private Verbrauch hat die deutsche Konjunktur im ersten Halbjahr 1996 mit aus der Schwächephase herausgeführt. Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte expandierten infolge der steuerlichen Freistellung des Existenzminimums und der Erhöhung des Kindergeldes merklich. Insbesondere die Masseneinkommen, zu denen hier die Nettolöhne und -gehälter sowie die empfangenen Einkommen aus laufenden Übertragungen gezählt werden, legten an Dynamik zu. Allerdings haben die Erhöhung der Beitragssätze zur Sozialversicherung sowie die Einschränkungen bei der Arbeitslosen- und Sozialhilfe einen noch stärkeren positiven Einkommenseffekt verhindert.

Die Einkommenserhöhung schlug sich nicht voll im Anstieg des privaten Konsums nieder, da

auch die Sparneigung leicht zunahm. Die dennoch recht kräftige Erhöhung der Verbrauchsausgaben ist weniger auf die Zunahme der Nachfrage nach klassischen, im Einzelhandel angebotenen Ge- und Verbrauchsgütern zurückzuführen, sondern ist eher den im ersten Quartal 1996 witterungsbedingt sprunghaft gestiegenen Aufwendungen für Energie und Brennstoffe sowie der Umschichtung der Ausgaben der Verbraucher zugunsten von Freizeit- und Urlaubsaktivitäten geschuldet.

Im weiteren Jahresverlauf und im nächsten Jahr wird der private Konsum aufgrund von zurückhaltenden Lohnabschlüssen, steigenden Sozialabgaben und Sparmaßnahmen bei den staatlichen Einkommensübertragungen nicht mehr schneller als das Bruttoinlandsprodukt zunehmen, sein Wachstumsbeitrag geht deshalb zurück.

Tabelle 4:  
Verfügbares Einkommen und Verbrauch der privaten Haushalte<sup>a</sup> in Deutschland  
- Veränderung gegenüber Vorjahr in vH -

	1995	1996	1997
Verfügbares Einkommen, nominal	3,6	3,5	3,0
darunter:			
Nettolohn- und -gehaltsumme	0,1	2,5 <sup>b</sup>	0,5
Empfangene laufende Übertragungen	5,7	2,5 <sup>b</sup>	1,0
Ersparnis	2,6	5,0	2,0
Privater Verbrauch, nominal	3,8	3,5	3,0
Sparquote (in vH)	11,6	11,7	11,6
Preisindex des privaten Verbrauchs	1,9	1,5	1,5
Privater Verbrauch, real	1,8	1,5	1,5

<sup>a</sup> einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck. –

<sup>b</sup> Mit dem Jahressteuergesetz 1996 wird das Kindergeld in der Nettolohn- und -gehaltsumme mit der Steuerschuld verrechnet. Daraus folgt, daß die Jahresraten der Nettolohn- und -gehaltsumme und der empfangenen laufenden Übertragungen im Jahr 1996 durch den buchungstechnischen „Einschluß“ bzw. „Wegfall“ des Kindergeldes höher bzw. niedriger sind als sie ohne diese Buchungsumstellung wären.

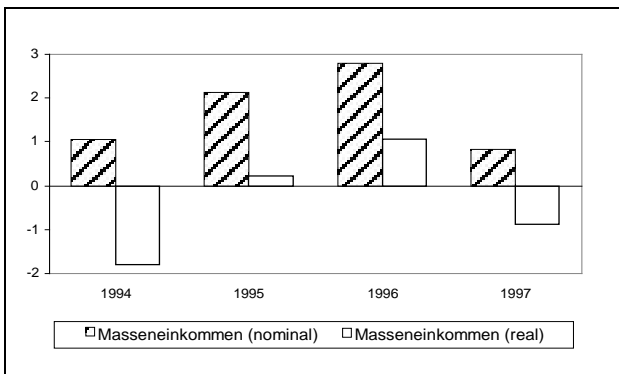
Quelle: Statistisches Bundesamt, IWH-Prognose.

Tarifliche Neuabschlüsse werden angesichts der hohen Preisniveaustabilität und der weiter angespannten Arbeitsmarktsituation sowie marginaler Anpassungsschritte in den neuen Bundesländern niedrig ausfallen. Im Jahresdurchschnitt wird der Anstieg der tariflichen Stundenlöhne gut 2 vH betragen und nochmals niedriger als im Vorjahr sein. Im Laufe des kommenden Jahres wird der Abbau der Beschäftigung insbesondere in Westdeutschland zum Stillstand kommen; der Rückgang des Arbeitsvolumens wird sich damit verlangsamen, so daß die Bruttolohn- und -gehaltsumme mit 1,5 vH etwas stärker als 1996 ansteigen dürfte. Die Netto-

lohn- und -gehaltsumme wird sich nur wenig erhöhen. Obwohl die Zurücknahme des Solidaritätszuschlages um einen Prozentpunkt ab Januar 1997 die Einkommen steuerlich entlastet, führt die in die Prognose eingestellte Erhöhung des Beitragssatzes in der gesetzlichen Rentenversicherung von 19,2 auf 20,0 per saldo zu einem Anwachsen der Abgabenlast.

Die staatlichen Einkommensübertragungen werden im Jahr 1997 nur geringfügig steigen. Der Staat hat Sparmaßnahmen eingeleitet, die die Bedingungen für mehr Wachstum und Beschäftigung verbessern, aber kurzfristig zur Dämpfung der Einkommensentwicklung führen. Die Konsolidierungsbemühungen der öffentlichen Hand werden sich insbesondere mindernd auf Zahlungen aus der Rentenversicherung (Einschränkung von Rehabilitationsmaßnahmen), der Krankenversicherung (Absenkung des Krankengeldes, Neuregelungen bei Kuren, höhere Selbstbeteiligung) und aus der Arbeitslosenversicherung (Reduzierung der Beschäftigungsförderung, Neuordnung der Rehabilitation, ausgesetzte Dynamisierung von Lohnersatzleistungen) auswirken. Darüber hinaus werden die gesetzlichen Altersrenten 1997 entsprechend der Entwicklung der Nettoeinkommen nur wenig erhöht.

Abbildung 2:  
Jährliche Zuwachsraten der Masseneinkommen  
- in vH -



Quelle: Statistisches Bundesamt, Prognose des IWH.

Somit dürften die Masseneinkommen im Jahr 1997 nominal leicht zunehmen und real sogar rückläufig sein. Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte werden unter Einschluß der Vermögenseinkommen und der weiter dynamisch wachsenden Entnahmen aus Gewinnen insgesamt um 3 vH ansteigen, was gegenüber 1996 eine Abflachung der Entwicklung bedeutet.

Das derzeitige günstige Preisklima wird auch im nächsten Jahr anhalten. Aus den zu erwartenden Lohnabschlüssen, den Konjunkturaussichten und

der Wechselkursentwicklung ergeben sich keine Anzeichen, die im kommenden Jahr auf einen zunehmenden Preisdruck hinweisen. Die reale Kaufkraftsteigerung von rund 1,5 vH dürfte bei annähernd gleichbleibender Spartätigkeit die Konsumausgaben im gleichen Tempo ansteigen lassen. Dabei wird die Spartätigkeit von zwei gegenläufigen Tendenzen geprägt sein. Einerseits dürften die nach wie vor eingetrübte Arbeitsmarktperspektive sowie die anhaltende Diskussion um die Sicherheit der zukünftigen Renten erhöhend auf die Sparneigung wirken. Andererseits lassen die rückläufige Entwicklung der Masseneinkommen eine Abnahme der Spartätigkeit erwarten, da die privaten Haushalte bestrebt sein werden, ihr einmal erreichtes Konsumniveau aufrecht zu halten.

### Staatsverbrauch schwach

In diesem Jahr wird der Staatsverbrauch nochmals stärker als das Bruttoinlandsprodukt steigen. Der nach wie vor hohe Anstieg in Zeiten forcierter Sparbemühungen ist Sonderfaktoren wie den erhöhten Verteidigungsausgaben und der Einführung der Pflegeversicherung geschuldet. 1997 wird der Staatsverbrauch dagegen nur wenig zulegen, weil die Lohn- und Gehaltszuwächse im öffentlichen Dienst gering sind und kein neuer Ausgabenschub von den Sozialversicherungen zu erwarten ist. Auch die Subventionen werden nur noch wenig steigen und die Bruttoinvestitionen weiter zurückgehen.

### Ausrüstungsinvestitionen ohne spürbare Dynamik

Die Ausrüstungsinvestitionen sind der Schwachpunkt des derzeitigen konjunkturellen Aufschwungs. Im ersten Halbjahr 1996 haben sie zwar saisonbereinigt wieder etwas zugenommen, und die Frühindikatoren ergeben inzwischen ein leicht aufgehelltes Bild für die weitere Entwicklung. So sind die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe im zweiten Quartal deutlich gewachsen. Dabei haben vor allem die Bestellungen aus dem Ausland zugenommen. Die Produktionsimpulse für die Industrie sind jedoch noch schwach und dürften die Investitionstätigkeit im weiteren Verlauf dieses Jahres kaum anregen. Darauf deuten die Inlandsbestellungen beim Investitionsgüter produzierenden Gewerbe hin, die nach Ablauf des ersten Halbjahres 1996 das Vorjahresniveau gerade erst wieder erreicht haben.

Die Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe liefert derzeit noch kein Motiv für eine nennenswerte Zunahme der Investitionen. Nach der letzten Erhebung des ifo-Instituts befindet sie sich

mit 82 vH auf einem unterdurchschnittlichen Niveau. Im Investitionsgütergewerbe war die Auslastung sogar weiter rückläufig. Der niedrige Auslastungsgrad ist dabei zum einen auf den schwachen wirtschaftlichen Aufschwung, zum anderen auf die hohen Kapazitäten zurückzuführen, die im Zuge der deutschen Vereinigung aufgebaut worden sind und wenig Anlaß für Entscheidungen zugunsten einer Erweiterung in schwachen Aufschwungsphasen geben.

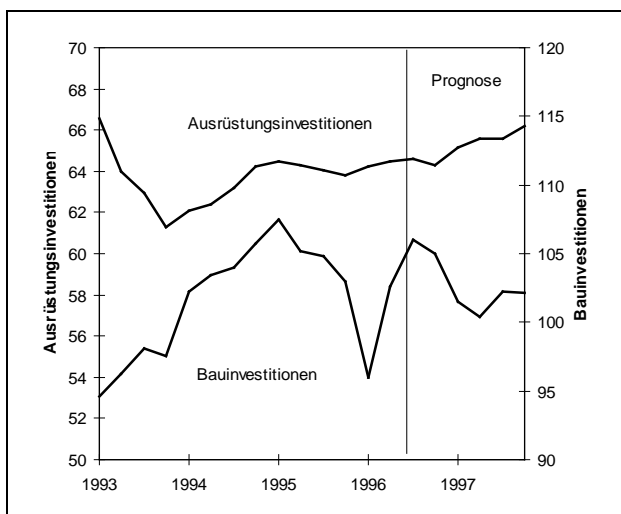
Tabelle 5:  
Anlageinvestitionen in Deutschland  
- Veränderung gegenüber Vorjahr in vH, Preise 1991 -

	1995	1996	1997
Ausrüstungen	2,0	0,5	2,0
Bauten	1,2	- 2,5	- 1,0
Gewerbliche Bauten	1,2	- 3,5	- 1,0
Wohnbauten	3,0	- 1,0	- 0,5
Öffentliche Bauten	- 4,4	- 6,0	- 3,5
Anlageinvest. insges.	1,5	- 1,5	0,0

Quelle: Statistisches Bundesamt, IWH-Prognose.

Erst mit einer deutlichen Erhöhung der Kapazitätsauslastung dürfte die Investitionsneigung der Unternehmen wieder kräftiger zunehmen. Dies setzt allerdings eine deutliche Verstärkung des konjunkturellen Aufschwungs voraus. Alles in allem kann erst nach 1997 wieder ein kraftvolles Wachstum der gesamtdeutschen Ausrüstungsinvestitionen erwartet werden.

Abbildung 3:  
Ausrüstungs- und Bauinvestitionen in Deutschland  
- in Mrd. DM zu Preisen von 1991 -



Alle Werte sind saison- und arbeitstäglich bereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV4).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Prognose des IWH.

### Bauinvestitionen - Konjunkturbelastung klingt 1997 ab

Alle Bausparten hatten im ersten Quartal 1996 enorme Produktionsausfälle aufgrund der harten Witterungsbedingungen zu verzeichnen. Diese Ausfälle werden durch den Produktionsanstieg im zweiten und zum Teil auch noch im dritten Quartal weitgehend wieder kompensiert. Die witterungsbedingten Ausschläge können jedoch nicht über die abnehmende Grundtendenz hinwegtäuschen. Für das laufende Jahr wird mit einem Rückgang der gesamten Bauinvestitionen um 2,5 vH gerechnet.

Im Wohnungsbau verläuft die Entwicklung weiterhin regional und strukturell differenziert. Für den gesamtdeutschen Wohnungsbau ist im laufenden Jahr trotz des Nachholbooms in Ostdeutschland ein Rückgang um 1 vH zu erwarten. In Ostdeutschland wird die Neubautätigkeit immer noch von Vorzieheffekten in Hinblick auf die Kürzung der Sonderabschreibungen zum Jahresende gestützt. Selbst nach dem gewaltigen Schub von 1995 (44,6 vH Wachstum) weisen die Genehmigungen noch Zuwachsraten auf. Die Sonderabschreibungen regen die Investoren offenbar dazu an, sich buchstäblich bis zur letzten Minute zu engagieren. Zu einem Einbruch im Wohnungsbau wird es daher in diesem Jahr noch nicht kommen.

Seit Jahresbeginn sind die Genehmigungen im westdeutschen Mietwohnungsbau nach bereits deutlicher Abnahme 1995 weiter mit 5 vH von Quartal zu Quartal rückläufig. Neben der zyklischen Entwicklung der Wohnungsbauinvestitionen ist hierfür auch die Kürzung der degressiven Abschreibungen Anfang 1996 verantwortlich zu machen. Weitere Rückgänge bei den Genehmigungen wie auch bei der Investitionstätigkeit sind absehbar. Im Gegensatz dazu nehmen die Genehmigungen für Ein- und Zweifamilienhäuser bereits seit dem vierten Quartal 1995 saisonbereinigt wieder zu. Für den Jahresdurchschnitt ist dennoch eine Schrumpfung der westdeutschen Wohnungsbauinvestitionen um 3,5 vH zu erwarten.

In den kommenden Jahren wird die Reform der Wohneigentumsförderung die Gesamtentwicklung deutlich prägen. Die Aussichten für den selbstgenutzten Wohnungsbau sind wegen der für die unteren Einkommensgruppen und die Familien verbesserten Förderbedingungen wesentlich günstiger als für den Mietwohnungsbau. Bereits für 1997 ist wieder ein Zuwachs der gesamten Wohnungsbauinvestitionen in Westdeutschland zu erwarten. Er wird jedoch nicht ausreichen, um den Trend im gesamtdeutschen Wohnungsbau zu wenden. Die



Investitionen in den ostdeutschen Wohnungsbau werden aufgrund der erwarteten Entzugseffekte nach der Kürzung der Sonderabschreibungsmöglichkeiten so deutlich zurückgehen, daß für Gesamtdeutschland allenfalls ein Ende des Abschwungs möglich scheint.

Die gewerblichen Bauinvestitionen – das Pendant zum Schwachpunkt der Konjunktur im Bereich der Anschaffung neuer Maschinen und Anlagen – werden in diesem Jahr mit 3,5 vH deutlich zurückgehen. In Westdeutschland waren die Genehmigungen für Bürogebäude wie auch für Betriebsgebäude seit Anfang 1995 mit hohen Raten rückläufig, in Ostdeutschland seit dem dritten Quartal. Allein in Westdeutschland zeichnet sich inzwischen eine Stabilisierung der Genehmigungstätigkeit ab. Investitionen in Bürogebäude sind derzeit wegen der niedrigen Mieten und der hohen Leerstandsquoten in den Großstädten nicht lohnend. In Ostdeutschland ist das Überangebot an Flächen für Produktion, Verwaltung, Handel und Hotellerie mittlerweile so groß, daß die Sonderabschreibungsmöglichkeiten keine Impulse mehr geben können. Auch für 1997 sind hier erhebliche Rückgänge der gewerblichen Bauinvestitionen zu erwarten. Stabilisierend wird sich 1997 die erwartete Belegung der Ausrüstungsinvestitionen auswirken.

Bei den öffentlichen Bauinvestitionen muß in beiden Jahren mit beträchtlichen Rückgängen gerechnet werden. Besonders die Gemeinden – und unter diesen in erster Linie die ostdeutschen Kommunen – haben ihre investiven Haushaltsansätze parallel zur nachlassenden konjunkturellen Dynamik gekürzt.

### ***Gesamtwirtschaftliche Produktion ohne Schwung – Beschleunigung 1997 gering***

Die gesamtwirtschaftliche Produktion hat sich nach anfänglicher Stockung im weiteren Verlauf der ersten Jahreshälfte 1996 wieder belebt. Das Vorjahresniveau wurde im zweiten Vierteljahr um 1,2 vH übertroffen. Ein Ende des Abwärtstrends zeichnet sich bei der Industrieproduktion ab, die saisonbereinigt im ersten Halbjahr 1996 nach schwachem Beginn gestiegen ist. Das Niveau vom vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres ist zwar noch nicht wieder erreicht, die Frühindikatoren sprechen jedoch für die Fortsetzung der Erholung im weiteren Jahresverlauf. So haben die Auftragsgänge in der ersten Jahreshälfte saisonbereinigt zugelegt, darunter vor allem aus dem Ausland. Einen starken Anstieg der Auslandsbestellungen verspüren die Produzenten von Verbrauchs- und Inve-

stitionsgütern. Nach den Produktionsausfällen durch den harten Winter hat auch die Bauproduktion im zweiten Vierteljahr zugenommen. Die Aufholeffekte, die zunächst anhalten werden, können jedoch nicht über den 1996 abwärts gerichteten gesamtdeutschen Trend hinwegtäuschen. Das kündigt sich in den wieder schwächer werdenden Auftragseingängen gegenüber dem Vorjahr an. Der Einzelhandel profitiert bisher wenig vom Aufschwung des privaten Verbrauchs. Die privaten Haushalte geben wohl ihre gestiegenen Einkommen vor allem für zusätzliche Dienstleistungen aus, in denen die Aufwärtstendenz anhalten wird.

Das gesamtdeutsche Bruttoinlandsprodukt wird 1996 um rund 1 vH ansteigen. In Westdeutschland wird der Zuwachs knapp 1 vH, in Ostdeutschland 3 vH betragen. Angeregt vor allem von der höheren Auslandsnachfrage ist 1997 ein etwas kräftigeres Wachstum zu erwarten, mit  $1\frac{3}{4}$  vH im Jahresdurchschnitt und einer leichten Beschleunigung in der zweiten Jahreshälfte. Diese gesamtdeutschen Aussichten entsprechen im wesentlichen der Wachstumsrate und dem konjunkturellen Verlaufsmuster im früheren Bundesgebiet.

### **Ostdeutschland 1996/97:**

#### ***Langsameres Wirtschaftswachstum: kein Absturz, aber Friktionen im Wandel der Auftriebskräfte***

Die gesamtwirtschaftliche Produktion in Ostdeutschland wird in diesem und im nächsten Jahr langsamer wachsen als in den Jahren davor. Dies ist kein Vorzeichen eines kumulativen Abschwungs, sondern Reflex des nicht reibungslosen Wandels im Gefüge der Auftriebskräfte. Nach Jahren hoher Wachstumsbeiträge büßt das Baugewerbe seine Rolle als Lokomotive für die gesamtwirtschaftliche Produktionserhöhung ein. Die Dynamik der weiter expandierenden Industrie reicht dagegen noch nicht aus, um die vom Baugewerbe hinterlassene Wachstumslücke schon auszufüllen. Die Wertschöpfung in den Dienstleistungsunternehmen dürfte auf dem eingeschlagenen Entwicklungspfad verbleiben und das gesamtwirtschaftliche Wachstum weiter stützen. Insgesamt ist eine Zunahme des Bruttoinlandsprodukts (im Jahre 1995 waren es noch 5,3 vH) von 3 vH in diesem Jahr und 2 vH im nächsten Jahr zu erwarten. Allerdings reicht dies nicht, um die Beschäftigung auszuweiten.

Die Bauproduktion wird 1996 – nach dem Produktionseinbruch im harten Winter – nochmals, aber eher geringfügig expandieren. Die Auftrags-

eingänge sind zwar rückläufig und die Einschätzungen der Geschäftsaussichten seitens der Unternehmen gedämpft, der Anstieg der Baugenehmigungen ist aber nach wie vor hoch. Der Nachholboom des Baugewerbes in den letzten Jahren dürfte dennoch angesichts der erwarteten Nachfrageschwäche bald ausklingen, und für 1997 kündigen sich ein Rückgang der Produktion und ein Abbau der entstandenen Überkapazitäten an. So lag 1995 die Bruttowertschöpfung im ostdeutschen Baugewerbe je Einwohner um 80 vH über dem westdeutschen Stand. Das Ausmaß der Schrumpfung wird besonders von der Entwicklung im Wohnungsbau abhängen, bei dem anregende Impulse für den Neubau durch die Kürzung der steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten 1997 nachlassen werden. Dagegen dürfte die Sanierung und Modernisierung des Wohnungsbestandes weiter für ein hohes Auftragspolster sorgen. Davon wird vor allem das Ausbaugewerbe profitieren.

Die Industrieproduktion wird nach 8 vH im Jahr 1995 mit 5 vH in diesem und 4 vH im nächsten Jahr steigen. Zwar gibt es auch hier Einbußen durch den Rückgang der Bautätigkeit – schließlich hängt reichlich ein Viertel der Produktion des Verarbeitenden Gewerbes über die Vorleistungsverflechtung mit dem Baugeschehen zusammen. Die über mehrere Jahre anhaltend hohen Investitionen in neue Maschinen und Anlagen haben jedoch einen Kern regional, aber auch überregional wettbewerbsfähiger Produktionsstätten entstehen lassen, deren Wachstumsaussichten bei der 1997 erwarteten Konjunkturbelebung im In- und Ausland günstig bleiben. Dazu zählen Hersteller aus allen Hauptgruppen des Verarbeitenden Gewerbes, vor allem der Kraftfahrzeugbau, Metallwarenproduzenten, das Papier-, Verlags- und Druckgewerbe sowie das Ernährungsgewerbe. Der Anteil wettbewerbsfähiger Industrieunternehmen ist jedoch noch zu klein, um die Produktionsdämpfung im Baugewerbe zu kompensieren und so das bisher hohe gesamtwirtschaftliche Wachstum in den neuen Bundesländern aufrechtzuerhalten.

Neben Unternehmen, die auf hohe Umsatzzuwächse im Inlands- und Exportgeschäft sowie auf steigende Erträge verweisen können, existieren viele Firmen, die den Durchbruch in die Gewinnzone bisher nicht geschafft haben. Gründe für diese unbefriedigende Ertragslage sind Mängel in der Unternehmensführung, aber auch Lohnsteigerungen, die der Produktivitätsentwicklung weit vorausgeeilt sind. Auch wenn eine Reihe von Unternehmen Fortschritte bei der Stabilisierung der

Wettbewerbsfähigkeit erzielt hat, bleibt das Risikopotential für Rückschläge groß. Vorerst liefert auch das derzeit verhaltene wirtschaftliche Wachstum in Westdeutschland und den meisten EU-Ländern kaum Impulse für kräftigere Produktionssteigerungen.

Tabelle 6:  
IWH-Prognose gesamtwirtschaftliche Eckdaten für Ostdeutschland

	1995	1996	1997
	Veränderung in vH gegenüber Vorjahr		
Bruttoinlandsprodukt, real	5,3	3,0	2,0
	in Tausend Personen		
Erwerbstätige (Inland)	6.386	6.315	6.270
Arbeitslose (registrierte)	1.047	1.175	1.200
	Relation in vH zu Westdeutschland		
Produktivität je Stunde	51,4	53	54
Lohnstückkosten	135,2	134	133

Quelle: Statistisches Bundesamt, IWH-Prognose.

Bei der gegebenen Unterauslastung vieler Kapazitäten könnte aber ein Nachfrageimpuls in den nächsten Jahren nicht nur einen stärkeren Produktionsanstieg bewirken, sondern auch eine merkliche Erhöhung der Produktivität. Das gilt nicht nur für die oben genannten Industriebereiche, sondern auch für die Feinmechanik und Optik, die Chemische Industrie und andere Zweige, in denen die Auftragseingänge seit einigen Monaten kräftig zunehmen. Eine Lohnpolitik, die der differenzierten Lage der Unternehmen gerecht wird und dort Zurückhaltung übt, wo die Produktivität hinter den Löhnen zurückgeblieben ist, könnte dazu beitragen, daß ostdeutsche Unternehmen ihre Anteile an den zukünftig wieder expandierenden Märkten ausweiten und stärker vom Anstieg des Welthandels profitieren. Wenn die Unternehmen weiter an der Verbesserung ihrer Wettbewerbsfähigkeit arbeiten und dazu die Tarifpartner ihren Beitrag leisten, so ist auch ein kräftigeres Wachstum des ostdeutschen Bruttoinlandsprodukts – als hier mit 2 vH für 1997 vorausgeschätzt – durchaus möglich. Zumindest stünde damit eine Wachstumsbeschleunigung nach 1997 in Aussicht.

*Ruth Grunert, Ingrid Haschke,  
Stefan Kofner, Silke Tober und Udo Ludwig*

## Arbeitsmarkt Ostdeutschland 96/97: Keine weitere Beschäftigungsexpansion

*Der in der jüngeren Vergangenheit zu verzeichnende Wiederanstieg der Beschäftigung in Ostdeutschland setzt sich in diesem Jahr nicht fort und erfährt auch im kommenden Jahr keinen neuen Impuls. Anders als in den Vorjahren sinkt die Wachstumsrate des BIP ab 1996 deutlich unter das Produktivitätswachstum. Daraus resultiert zwangsläufig ein Rückgang der Arbeitsnachfrage. Dieser Rückgang wird allerdings nur zum Teil auf die Zahl der Erwerbstätigen durchschlagen, da gleichzeitig auch eine Reduktion der durchschnittlich geleisteten Arbeitszeit zu erwarten ist. Die Unterbeschäftigung verharrt damit jedoch auf ihrem hohen Niveau und zeigt nur deshalb eine leicht rückläufige Tendenz, weil die Erwerbsneigung allmählich zurückgeht.*

### **Schwaches Produktionswachstum sorgt für Stagnation am Arbeitsmarkt**

Durch das zumindest vorerst nachlassende Wachstum der Produktion in Ostdeutschland gerät die Beschäftigungsexpansion der vergangenen Jahre ins Stocken. Da die Wachstumsrate des BIP 1996 deutlich hinter dem Produktivitätsanstieg zurückbleibt, kommt es zu einer Verringerung der Arbeitsnachfrage. Im Hinblick auf die Zahl der Erwerbstätigen wird dieser Rückgang nur durch den gleichzeitigen Rückgang der durchschnittlich geleisteten Arbeitszeit abgemildert (vgl. Tabelle 1).

Eine wichtige Ursache für das verhaltene Produktionswachstum dürfte in der Lohnentwicklung zu suchen sein. Die durchschnittlichen Lohnsteigerungsraten mit 5,5 vH in diesem und 3,8 vH im nächsten Jahr wirken der Schaffung von Preisspielräumen entgegen (vgl. Tabelle 1). Die Lohnentwicklung bleibt zwar hinter der Produktivitätsentwicklung zurück, aber der Abstand ist zu gering, um die Markterschließung durchgreifend voran treiben zu können und in der Folge die Produktion zu beleben. Die Lohnstückkosten sinken damit ebenfalls nur geringfügig und signalisieren im Vergleich mit Westdeutschland eine Verfestigung der vorhandenen Wettbewerbsnachteile.<sup>1</sup>

### **Rückgang der Erwerbsneigung setzt sich fort**

Um die Auswirkungen der sinkenden Arbeitsnachfrage für die Arbeitsangebotsseite beurteilen zu können, ist das Inländerkonzept heranzuziehen. Die Zahl der erwerbstätigen Inländer ergibt sich,

<sup>1</sup> Vgl. dazu Tabelle 6 auf Seite 10.

indem die Zahl der Erwerbstätigen im Inland mit dem jeweiligen Pendlersaldo verrechnet wird.<sup>2</sup> Für die Quantifizierung der Unterbeschäftigung ist es zudem sinnvoll, zwischen Erwerbstätigkeit im ersten Arbeitsmarkt und Beschäftigung im zweiten Arbeitsmarkt zu unterscheiden, wobei unter letzterem die Tätigkeit im Rahmen öffentlich geförderter Beschäftigungsprojekte zu verstehen ist. Die Zahl der im zweiten Arbeitsmarkt finanzierten Stellen ist ebenfalls der Unterbeschäftigung zuzuschlagen.

Obwohl die Arbeitsnachfrage sinkt, wird auch die Unterbeschäftigung<sup>3</sup> weiter zurückgehen. Dieser scheinbar paradoxe Tatbestand ist Ausdruck für die in Ostdeutschland seit Anfang der 90er Jahre kontinuierlich zurückgehende Erwerbsneigung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter. Pro Jahr sinkt der Anteil des Erwerbspersonenpotentials<sup>4</sup> seither um durchschnittlich etwa zwei Prozentpunkte. Bis 1997 dürfte dieser Anteil auf etwa 76 vH gefallen sein (vgl. Tabelle 2). Er wird allerdings auch dann noch erheblich über dem westdeutschen Vergleichswert liegen, dessen langjähriger Durchschnitt etwa 70 vH beträgt.

Hinter dem Rückgang der Erwerbsneigung in Ostdeutschland verbirgt sich keineswegs ein einseitiger Rückzug der Frauen vom Arbeitsmarkt. Abbildung 1 zeigt im Gegenteil, daß die Erwerbsneigung der Männer in der Vergangenheit noch stärker gesunken ist als die der Frauen. Während die Erwerbsbeteiligungsquote für Männer zwischen 1992 und 1995 um knapp 8 Prozentpunkte gesunken ist, betrug der entsprechende Rückgang für Frauen nur knapp 6 Prozentpunkte. Der Anteil der

<sup>2</sup> Die Absolutzahlen für die Erwerbstätigen im Inland finden sich in Tabelle 1 auf S. 3 dieses Heftes. Die relativ hohe Zahl von Auspendlern aus Ostdeutschland ist im wesentlichen auf Pendlerbewegungen im Großraum Berlin und im früheren Zonengrenzgebiet zurückzuführen und entspricht „normalen“ Pendlerbewegungen im Bereich regionaler Zentren. Es sollte insofern auch nicht als ostdeutsches Arbeitsplatzdefizit interpretiert werden.

<sup>3</sup> Zur Definition siehe Anmerkung d in Tabelle 2.

<sup>4</sup> Zum Erwerbspersonenpotential gehören Erwerbstätige im ersten Arbeitsmarkt, Unterbeschäftigte und Bezieher von Erziehungsgeld, die davor erwerbstätig waren. Die Erwerbsbeteiligungsquote, d.h. die Relation des Erwerbspersonenpotentials zu den Erwerbsfähigen, dient als Indikator für die Erwerbsneigung. Abweichend von der sonst üblichen Definition wird hier die stille Reserve nicht berücksichtigt, weil dafür keine gesicherte Schätzgrundlage existiert.

Tabelle 1:  
Entwicklung von Produktion, Produktivität und Beschäftigung

- in vH, Inlandskonzept -

	Ostdeutschland			Westdeutschland		
	1995	1996 <sup>a</sup>	1997 <sup>a</sup>	1995	1996 <sup>a</sup>	1997 <sup>a</sup>
BIP (nominal)	7,4	5,5	4,0	3,7	2,5	3,0
BIP (real)	5,3	3,0	2,0	1,6	1,0	1 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>
Arbeitsproduktivität (nominal) <sup>b</sup>	7,7	7,3	5,5	5,7	3,8	3,6
geleistete Jahresarbeitszeit	-1,4	-0,5	-0,6	-1,2	-0,4	-0,7
Erwerbstätige	1,1	-1,1	-0,7	-0,6	-1,0	0,0
Bruttoeinkommen je abhängig Beschäftigten	6,2	5,5	3,8	3,2	2,7	1,8
Lohnstückkosten (nominal) <sup>c</sup>	-0,3	-1,6	-1,5	-1,2	-0,8	-1,1

<sup>a</sup> IWH-Prognose. - <sup>b</sup> nominales BIP je geleistete Arbeitsstunde. - <sup>c</sup> Bruttolohn- und -gehaltssumme in Relation zum nominalen BIP.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Tabelle 2:  
Erwerbsbeteiligung in Ost- und Westdeutschland

- in Tsd., Inländerkonzept -

	Ostdeutschland			Westdeutschland		
	1995	1996 <sup>1</sup>	1997 <sup>1</sup>	1995	1996 <sup>1</sup>	1997 <sup>1</sup>
Erwerbsfähige <sup>a</sup>	10.666	10.720	10.777	45.216	45.358	45.482
Erwerbstätige im ersten Arbeitsmarkt	6.402	6.363	6.348	28.054	27.744	27.741
<i>Arbeitslose</i>	<i>1.047</i>	<i>1.175</i>	<i>1.200</i>	<i>2.565</i>	<i>2.762</i>	<i>2.795</i>
<i>Arbeitslose nach § 105<sup>b</sup></i>	<i>32</i>	<i>35</i>	<i>35</i>	<i>59</i>	<i>62</i>	<i>60</i>
<i>Ausfall durch Kurzarbeit in Vollzeitäquivalenten</i>	<i>37</i>	<i>37</i>	<i>32</i>	<i>48</i>	<i>72</i>	<i>60</i>
<i>Teilnehmer an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen</i>	<i>312</i>	<i>280</i>	<i>250</i>	<i>72</i>	<i>77</i>	<i>80</i>
<i>Teilnehmer an Maßnahmen zur Fortbildung und Umschulung in Vollzeitäquivalenten</i>	<i>243</i>	<i>222</i>	<i>200</i>	<i>259</i>	<i>260</i>	<i>260</i>
<i>Teilnehmer an Deutsch-Lehrgängen</i>				<i>44</i>	<i>40</i>	<i>40</i>
<i>Vorruheständler<sup>c</sup></i>	<i>377</i>	<i>215</i>	<i>95</i>	<i>148</i>	<i>135</i>	<i>120</i>
Unterbeschäftigung <sup>d</sup>	2.048	1.964	1.812	3.195	3.408	3.415
Bezieher von Erziehungsgeld mit vorangehender EW	37	38	38	310	300	285
Erwerbspersonenpotential ohne stille Reserve <sup>e</sup>	8.450	8.328	8.166	31.511	31.380	31.381
<i>Auspendler</i>	<i>432</i>	<i>432</i>	<i>432</i>	<i>191</i>	<i>191</i>	<i>191</i>
<i>Einpendler</i>	<i>104</i>	<i>104</i>	<i>104</i>	<i>556</i>	<i>565</i>	<i>565</i>
Erwerbsbeteiligungsquote (vH) <sup>f</sup>	79,2	77,7	75,8	69,7	69,2	69,0
Erwerbstätigenquote im ersten Arbeitsmarkt (vH) <sup>g</sup>	60,0	59,4	58,9	62,0	61,2	61,0
Erwerbstätigenquote insgesamt (vH) <sup>h</sup>	62,9	62,0	61,2	62,2	61,3	61,2
Unterbeschäftigungsquote (vH) <sup>i</sup>	24,2	23,6	22,2	10,1	10,9	10,9
Arbeitslosenanteil an der Unterbeschäftigung (vH)	52,7	61,6	68,2	82,1	82,9	83,6
Arbeitslosenquote (vH) <sup>k</sup>	13,8	15,4	15,8	8,5	9,2	9,3

<sup>a</sup> Wohnbevölkerung im Alter von 15 bis 65 Jahren. - <sup>b</sup> ohne Arbeitslose nach § 105 c. - <sup>c</sup> einschließlich Arbeitslosen nach § 105 c. -

<sup>d</sup> Summe aus den vorangestellten Kursivwerten. - <sup>e</sup> da Kurzarbeiter bereits in der Zahl der Erwerbstätigen enthalten sind, ist der Arbeitsausfall durch Kurzarbeit in Vollzeitäquivalenten zu subtrahieren, um eine Doppelzählung zu vermeiden. - <sup>f</sup> Erwerbspersonenpotential ohne stille Reserve in Relation zu den Erwerbsfähigen. - <sup>g</sup> Erwerbstätige im ersten Arbeitsmarkt in Relation zu den Erwerbsfähigen. - <sup>h</sup> Erwerbstätige im ersten und im zweiten Arbeitsmarkt in Relation zu den Erwerbsfähigen. - <sup>i</sup> Anteil der Unterbeschäftigung am Erwerbspersonenpotential ohne stille Reserve. - <sup>k</sup> Anteil der Arbeitslosen an der Gesamtheit von erwerbstätigen Inländern im ersten Arbeitsmarkt, Arbeitslosen und Personen in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. - <sup>1</sup> IWH-Prognose.

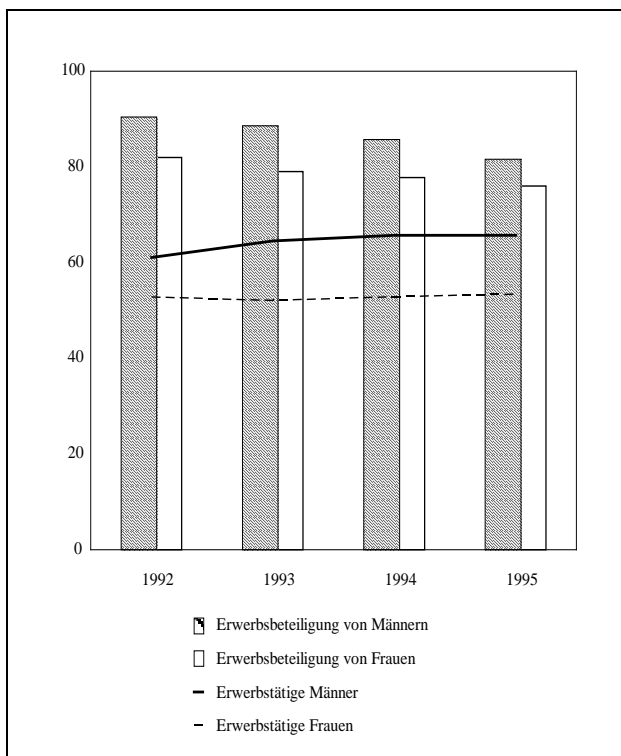
Quellen: Bundesanstalt für Arbeit; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Erwerbstätigen im ersten Arbeitsmarkt ist dagegen für Männer und Frauen weitgehend konstant geblieben.

Legte man aus rentenrechtlichen Gründen für Frauen nur die Altersjahrgänge der 15 bis 60jährigen zugrunde, würde der Zusammenhang sogar noch deutlicher hervortreten. Bezogen auf diese Basis liegt die Erwerbsbeteiligungsquote der Frauen inzwischen sogar über derjenigen der Männer. Aus Gründen der Vergleichbarkeit mit Tabelle 2 wurde hier jedoch auf eine entsprechende Darstellungsweise verzichtet.

Verantwortlich für den allgemeinen Rückgang der Erwerbsneigung ist vor allem eine Anpassung des Ausbildungsverhaltens. Höhere Übergangsquoten zu weiterführenden Bildungseinrichtungen und verlängerte Studiendauern machen sich in einer arbeitsmarktentlastenden Reduktion des Arbeitsangebots bemerkbar. Da der 1996 und 1997 erwartete Rückgang der Arbeitsnachfrage von dem noch stärkeren Rückgang der Erwerbsneigung überlagert wird, setzt sich der per saldo resultierende Rückgang der Unterbeschäftigung auch in Zukunft fort, wenn auch in abgeschwächter Form.

Abbildung 1:  
Geschlechtsspezifische Entwicklung der Erwerbsneigung in Ostdeutschland  
- in vH, Inländerkonzept -



Quellen: Bundesanstalt für Arbeit; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

### Anstieg der registrierten Arbeitslosigkeit trotz sinkender Unterbeschäftigung

Ein weiteres scheinbares Paradox besteht darin, daß trotz zurückgehender Unterbeschäftigung die Arbeitslosigkeit in den neuen Ländern ansteigen wird. Dies wiederum hängt mit der allmählichen Rückführung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen zusammen. Hierzu zählt vor allem das Auslaufen der Vorruhestandsregelungen, aber auch der zu erwartende Rückgang der aktiven Arbeitsmarktpolitik in Form von Beschäftigungsprogrammen und Maßnahmen zur Fortbildung und Umschulung. Statistisch schlägt sich die Reduzierung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen in einem rasch ansteigenden Anteil der registrierten Arbeitslosigkeit an der gesamten Unterbeschäftigung nieder (vgl. Tabelle 2).

Inwieweit sich die derzeit diskutierten Kürzungsvorschläge für Beschäftigungsprojekte im kommenden Jahr auf dem Arbeitsmarkt auswirken werden, ist nur schwer prognostizierbar. Es spricht aber vieles dafür, daß die beabsichtigten Mittelkürzungen nicht in gleichem Umfang zu Stellenkürzungen führen, sondern eher auf eine Kürzung der Mittel pro Stelle hinauslaufen werden. Einsparungspotential ist sowohl bei der Bemessung von Lohnkostenzuschüssen vorhanden als auch bei einer marktgerechteren Organisation der Vergabe von Beschäftigungsprojekten.<sup>5</sup> Der hier angenommene Rückgang der Stellen im zweiten Arbeitsmarkt entspricht einem relativen Abbau um gut 10 vH gegenüber 1996 und stellt in etwa das Niveau von 1993 wieder her.

### Hohe Unterbeschäftigung trotz hoher Erwerbsbeteiligungsquote

Trotz sinkender Tendenz wird die Unterbeschäftigungsquote in Ostdeutschland auch 1997 noch mehr als doppelt so hoch bleiben wie in Westdeutschland. Der Vergleich mit Westdeutschland zeigt aber auch, daß die hohe Unterbeschäftigung in Ostdeutschland nicht Ausdruck für eine

5 Vgl. RABE, B., EMMERICH, K.: Mehr Markt in der öffentlichen Beschäftigungsförderung – Zur wettbewerblichen Vergabe von §249h-Maßnahmen bei der Treuhandanstalt, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 1/96, S. 93 - 105 – SCHNEIDER, H.: ABM-Programme für Ostdeutschland – Sozialpolitischer Notbehelf, aber kein Arbeitsmarktmodell mit Zukunft, in Wirtschaft im Wandel 11/1996, S. 3 - SCHULTZ, B.: Verdrängungseffekte und Wettbewerbsverzerrungen durch Beschäftigungsprogramme am Beispiel des Garten- und Landschaftsbaus in Ostdeutschland, in: Wirtschaft im Wandel 3/1996, S. 12 - 19.

unterdurchschnittliche Erwerbstätigenquote ist, sondern vielmehr Ausdruck für eine im Vergleich zu Westdeutschland überdurchschnittliche Erwerbsneigung. Die Erwerbstätigenquote ist dagegen sogar noch etwas höher als die westdeutsche, zumindest wenn man die Beschäftigung im zweiten Arbeitsmarkt jeweils einbezieht. Rechnet man die in Ostdeutschland realisierte Arbeitsnachfrage in Arbeitsstunden um, dann verschieben sich die Gewichte sogar noch deutlicher zugunsten Ostdeutschlands. 1996 dürfte die Jahresarbeitszeit eines Erwerbstätigen in Ostdeutschland im Durchschnitt um etwa 110 Stunden über derjenigen eines Erwerbstätigen in Westdeutschland liegen (vgl. Tabelle 3). Ein Grund hierfür ist die in Ostdeutschland nach wie vor deutlich niedrigere Teilzeitquote (vgl. Tabelle 4). Ein weiterer Grund sind die in Ostdeutschland vielfach noch längeren tariflichen Wochenarbeitszeiten.

Tabelle 3:  
Durchschnittliche Jahresarbeitszeit je Erwerbstätigen  
- in Stunden, Inlandskonzept -

	1994	1995	1996 <sup>a</sup>	1997 <sup>a</sup>
Ostdeutschland	1.699	1.675	1.666	1.656
Westdeutschland	1.579	1.560	1.553	1.543

<sup>a</sup> IWH-Prognose.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Tabelle 4:  
Anteil der Teilzeiterwerbstätigkeit<sup>a</sup> an der gesamten Erwerbstätigkeit  
- in vH -

	1992	1993	1994	1995
Ostdeutschland	17,6	18,3	19,4	20,9
Westdeutschland	7,7	8,5	11,1	12,6

<sup>a</sup> Primärtätigkeit mit einer üblichen Wochenarbeitszeit von weniger als 36 Stunden.

Quelle: Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes.

Anschaulich wird der Arbeitzeiteffekt, wenn man ihn in Personenäquivalente umrechnet. Würde beispielsweise das ostdeutsche Arbeitsvolumen von 1996 (10,52 Mrd. Stunden) unter westdeutschen Arbeitszeitverhältnissen erbracht, könnte die Zahl der Erwerbstätigen in Ostdeutschland zumin-

dest rechnerisch bei 6,774 Mio. statt bei 6,315 Mio. Personen liegen und wäre damit um 459.000 Personen höher, als es tatsächlich der Fall ist. Dies entspräche dann einer Erwerbstätigenquote von 66,3 vH gegenüber einer Erwerbstätigenquote von 61,3 vH in Westdeutschland.

Aber selbst unter dieser Annahme bliebe die Unterbeschäftigung in Ostdeutschland noch auf einem hohen Niveau. Unterstellt man einen Rückgang der Unterbeschäftigung im Umfang des hypothetisch errechneten Zuwachses der Erwerbstätigkeit, würde immer noch eine Unterbeschäftigungsquote von 18,1 vH verbleiben.

An der relativ hohen Erwerbstätigenquote hat allerdings der hohe Anteil staatlicher Beschäftigungsprogramme einen nicht unbedeutenden Anteil. Etwa 4,2 vH der 6,643 Mio. ostdeutschen Erwerbstätigen dürften 1996 im Rahmen des zweiten Arbeitsmarktes tätig sein. Dieser Anteil ist etwa 15mal höher als der entsprechende Anteil in Westdeutschland. Hinzu kommt eine in Ostdeutschland noch immer überdurchschnittlich hohe Besetzung des öffentlichen Dienstes. Nicht zu vernachlässigen ist auch die von staatlichen Transfers wesentlich gestützte Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt.

Auch wenn man von diesen Relativierungen einmal absieht, kennzeichnet der Tatbestand einer hohen Unterbeschäftigung trotz hoher Erwerbstätigenquote das besondere Dilemma des ostdeutschen Arbeitsmarktes. Die Lösung dieses Problems wird selbst bei einer Rückkehr zu den außerordentlich hohen Wachstumsraten der vorangegangenen Jahre noch etliche Zeit in Anspruch nehmen. Die gezielte Förderung von Wachstumspotentialen wird damit auch in Zukunft als vorrangige Aufgabe erhalten bleiben.<sup>6</sup>

*Hilmar Schneider*  
(his@iwh.uni-halle.de)

<sup>6</sup> Vgl. POHL, R.: Situation und Perspektiven der Wirtschaft in den neuen Bundesländern, in: Wirtschaft im Wandel 8/1996, S. 2 - 15; RAGNITZ, R.; HEIMPOLD, G.: Zur effizienten Ausgestaltung der Förderpolitik in den neuen Bundesländern, in: Wirtschaft im Wandel 8/1996, S. 16 - 19.

## Standortnachteile Mittel- und Osteuropas durch unzureichende Straßen- und Bahnnetze

*Ein gegenwärtig noch bestehendes Hemmnis für die wirtschaftliche Entwicklung Mittel- und Osteuropas stellt die dort nur unzulängliche Verkehrsinfrastruktur dar. Neben einer geringen Dichte insbesondere der Straßennetze sind es die Struktur und die Qualität der verfügbaren Verkehrsstrassen, die das Wachstum behindern. Dies beeinträchtigt offensichtlich auch den Zustrom ausländischer Direktinvestitionen, da multinationale Unternehmen, und hier insbesondere Industrieunternehmen mit einem überregionalen oder gar internationalen Absatzmarkt, auf ein hinreichendes Maß an Verkehrsinfrastrukturausstattung angewiesen sind. Die Planung und Entwicklung der mittel- und osteuropäischen Verkehrsnetze erfolgen bereits im Verbund mit inter- und multinationalen Organisationen. Trotzdem wird es den Reformstaaten nur langfristig möglich sein, ihre Verkehrssysteme so umzugestalten, daß sich der in diesem Bereich bestehende Mangel abschwächt.*

### **Zum Zusammenhang von Standortattraktivität und Verkehrsinfrastruktur**

Trotz unübersehbarer Standortvorteile in bestimmten Bereichen, wozu nicht zuletzt niedrige Lohnstückkosten zählen, haben die mittel- und osteuropäischen (MOE) Reformstaaten mit beträchtlichen Entwicklungsbarrieren zu kämpfen, die in nur mäßigen Direktinvestitionszuflüssen ihren Niederschlag finden. Die durch die gesamte Staatengruppe<sup>7</sup> attrahierten ausländischen Direktinvestitionen summierten sich im Jahre 1995 auf einen Betrag von gut 9,5 Mrd. US-Dollar. Damit ist die Region beispielsweise noch weit von den durchschnittlich 13 Mrd. US-Dollar entfernt, die Spanien – mit weniger als 40 vH der Bevölkerung der MOE-Länder – zu Beginn des Jahrzehnts registrierte.

Es ist jeweils ein ganzes Bündel von Faktoren, das dafür verantwortlich ist, daß Direktinvestitionen in bestimmte Länder gehen. Ein Grund, der die insgesamt noch geringe Attraktivität der Reformstaaten für das Engagement multinationaler Unternehmen erklärt, ist die Ausstattung mit Verkehrsinfrastruktur. Da Unternehmen nur dann in bestimmten Ländern investieren, wenn Vorteilskalküle sie dazu bewegen, müssen Länder über Eigenschaften verfügen, die für Unternehmen Vor-

teilhaftigkeit beinhalten. Hierzu gehört auch die Verkehrsinfrastruktur, da sie die Transportkosten und damit die Transaktionskosten wirtschaftlicher Aktivitäten verringert, was insbesondere Industrieunternehmen mit einem überregionalen oder internationalen Absatzmarkt zugute kommt. Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur sind mithin ein Instrument von Regierungen, mobile Produktionsfaktoren, allen voran Kapital, anzuziehen und an sich zu binden.<sup>8</sup>

Das Niveau der Verkehrsinfrastrukturausstattung der mittel- und osteuropäischen Reformländer unterscheidet sich deutlich von demjenigen, mit dem Unternehmen in Westeuropa rechnen können. Auffällig sind insbesondere die niedrigen Straßendichten der Reformstaaten. Durchweg liegen die Quotienten aus der Länge aller Straßen und der Oberfläche eines Landes weit unterhalb des Durchschnittswertes der EU-Staaten (vgl. Tabelle 1).<sup>9</sup> Eine reibungslose Abwicklung, insbesondere des Gütertransports, wird dadurch nachhaltig behindert. Moderne Logistik- und Managementkonzepte wie „Just-in-time Production“, die multinationale Unternehmen in der Regel betreiben, sind in den MOE-Staaten bislang nur schwer umzusetzen. Die Dichten der Eisenbahnnetze können diesen Nachteil nicht aufwiegen, auch wenn sie partiell durchaus mit den entsprechenden Werten der EU-Mitgliedsländer vergleichbar sind oder diese sogar übertreffen.

Wie sehr die unterschiedliche Verkehrsinfrastrukturausstattung als Standortfaktor eine Rolle spielt, wird bei einer weiteren Disaggregation der

<sup>8</sup> SIEBERT, H.: On the concept of locational competition. Kiel (= Kieler Arbeitspapiere Nr. 731) 1996. Mit Krugman, P. R., (Geography and trade. Leuven 1991) ließe sich argumentieren, daß in einem Land oder in einer Region gerade dann Investitionen von außen erfolgen, wenn die Verkehrsinfrastruktur schlecht entwickelt ist. Dieser Fall bezieht sich jedoch auf Unternehmen, die einen lokal eng begrenzten Kundenstamm anvisieren und mit einer Direktinvestition einen Wettbewerbsvorteil gegenüber Kontrahenten anstreben, die den Absatzmarkt von außen beliefern. Regierungen favorisieren in der Regel Investitionen von Unternehmen mit überregionalem Absatzmarkt, so daß sie nicht der Attrahierung ausländischer Direktinvestitionen wegen ihre Verkehrsinfrastruktur vernachlässigen.

<sup>9</sup> Die hier getroffenen Aussagen ändern sich nicht grundlegend, wenn als Dichten die Quotienten aus der Länge aller Straßen bzw. Eisenbahntrassen und der jeweiligen Bevölkerung herangezogen werden.

<sup>7</sup> Ausgenommen die Länder der GUS.

Tabelle 1:  
Daten aus dem Jahre 1994 zu ausgewählten europäischen Verkehrsnetzen

	Straßennetze		Eisenbahnnetze		
	insgesamt	davon: Autobahnen	Dichte (in m/qkm)	Anteile elektrifizierter Strecken (in vH)	Anteile doppel- bzw. mehrgleisiger Strecken (in vH)
	Dichte (in m/qkm)	Dichte (in m/qkm)			
<i>Mittel- und Osteuropa insgesamt</i>	482	1,7	63	38,9	28,5 <sup>d</sup>
<i>Ostmitteleuropa</i>	638	2,6	84	41,7	29,8
Polen	750	0,9 <sup>c</sup>	78	50,7 <sup>b</sup>	39,0 <sup>b</sup>
Slowakische Republik	365	4,0	75	39,1	27,6
Slowenien	731	13,7	59	41,6	27,6
Tschechische Republik <sup>a</sup>	709	4,9	120	30,8	20,1
Ungarn	323	3,2	83	29,6	15,4
<i>Südosteuropa</i>	314	1,1	45	40,9	25,1
Bulgarien	333	2,5	39	61,6	22,5
Rumänien <sup>a</sup>	305	0,5	48	33,0	26,1
<i>Baltische Staaten</i>	322	k. A.	31	9,7	k. A.
Estland	327	k. A.	23	12,9	k. A.
Lettland	316	k. A.	37	11,2	k. A.
Litauen	324	k. A.	31	6,1	k. A.
<i>Zum Vergleich</i>					
Deutschland, früheres Bundesgebiet <sup>e</sup>	1.971	35,5	109	43,2	45,8
EU-12 <sup>e</sup>	1.137	14,2	55	38,9	43,8

<sup>a</sup> 1990 und 1993. – <sup>b</sup> nur Normalspur. – <sup>c</sup> Schätzung des IWH. – <sup>d</sup> ohne Baltikum. – <sup>e</sup> 1989.

Quellen: Nationale Statistiken; EUROSTAT; Berechnungen des IWH.

Daten deutlich. Denn nicht nur zwischen West- und Osteuropa, sondern auch innerhalb der Gruppe der Reformstaaten selbst bestehen beträchtliche Unterschiede im Niveau der Verkehrsinfrastrukturausstattung. So weisen lediglich Polen, die Tschechische Republik und Slowenien, die alle zur Gruppe der ostmitteleuropäischen Anrainerstaaten der Europäischen Union gehören, eine Dichte von mehr als einem halben Kilometer Straße pro Quadratkilometer Landesoberfläche auf. Ebenso tritt bei der Dichte der Schienennetze ein deutliches Gefälle zwischen der ostmitteleuropäischen Ländergruppe und den übrigen Ländern Mittel- und Osteuropas hervor.

Diese Unterschiede gehen mit den Daten zu ausländischen Direktinvestitionen im wesentlichen konform. Hier hat sich seit 1990 eine regionale Disparität zugunsten der ostmitteleuropäischen Anrainerstaaten der Europäischen Union

ergeben.<sup>10</sup> Mehr als 90 vH aller zwischen 1990 und 1995 in die Staaten Mittel- und Osteuropas geflossenen Direktinvestitionen gingen nach Ungarn, nach Polen und in die Tschechische Republik, die zusammen aber nur gut 56 vH der Bevölkerung der MOE-Länder auf sich vereinigen.

#### ***Straßen und Bahnwege mit Struktur- und Qualitätsdefiziten***

Neben der Dichte der Verkehrsnetze sind es die strukturellen Mängel der Verkehrsinfrastrukturausstattung, die entscheidende Standortnachteile für die mittel- und osteuropäischen Länder darstellen. Vor dem Hintergrund dessen, daß die MOE-Länder in den 1990er Jahren ihren Handel

<sup>10</sup> Vgl. MEISSNER, T.: Direktinvestitionen in Mittel- und Osteuropa - Entwicklung 1995 und Ziele von Unternehmen, in: IWH Wirtschaft im Wandel 3/1996, S. 8-12.



sehr stark auf Westeuropa ausgerichtet haben,<sup>11</sup> sind die grenzüberschreitenden Verkehrswege dort hin unzureichend entwickelt. Eine nur kleine Zahl von Grenzübergängen und eine häufig fehlende Verknüpfung der ost- und westeuropäischen Verkehrssysteme führen zu teilweise beträchtlichen Kosten, die Investoren in den MOE-Ländern zu tragen haben.

Ein weiterer struktureller Nachteil liegt darin, daß die bestehenden Verkehrssysteme kaum Netzwerkeffekte erzeugen. Ein in Ansätzen flächendeckendes Autobahnnetz weist allein Slowenien auf (vgl. erneut Tabelle 1). Daneben besitzen nur noch die Nachfolgestaaten der früheren Tschechoslowakei und – mit Abstrichen – Ungarn, ebenfalls Mitglieder der ostmitteleuropäischen Staatengruppe, einen gewissen Grundstock an Autobahnteilstücken. Die Eisenbahnnetze der Reformstaaten leiden darunter, daß sie bislang noch nicht auf einen unterbrechungsarmen Verkehr, wie ihn beispielsweise Intercitynetze verlangen, ausgerichtet sind. So sind zwar die Anteile elektrifizierter Strecken in der EU, in Südost- und Ostmitteleuropa in etwa gleich, doch liegen in den Transformationsländern die durchschnittlichen Anteile doppel- oder mehrgleisiger Strecken erheblich niedriger als in der EU. Auch zwischen den Verkehrsträgern bilden sich kaum Netzwerkeffekte heraus, da die Übergänge zwischen ihnen nicht reibungslos funktionieren. Eine Kombination verschiedener Verkehrsträger, bei der die einzelnen Verkehrsträger ihre jeweiligen Vorteile einbringen können, ist auf diese Weise nur selten möglich.

Als ungünstig für die Standortqualität der Reformstaaten erweist sich zudem die Qualität der Verkehrsinfrastruktur. Gemäß einer Untersuchung aus dem Jahre 1990 erreichten seinerzeit beispielsweise in Polen Personenzüge eine Durchschnittsgeschwindigkeit von nur 45 km/h, Güterzüge sogar von nur 24 km/h.<sup>12</sup> Zum einen wurden die Strecken schon bei ihrer Konstruktion weitgehend auf einen Verkehr von weniger als 120 km/h ausgelegt, so daß beispielsweise die Kurvenradien keine höheren Geschwindigkeiten zulassen. Zum anderen erlaubt das hohe Alter des rollenden Ma-

terials und der übrigen Anlagegüter keine schnelleren Fahrten.<sup>13</sup> Beim Zustand der Straßen zeigt sich ein ähnliches Bild. Gemäß einer Weltbankstudie aus dem Jahre 1991 erforderten seinerzeit 82 vH aller vorhandenen Straßen Mittel- und Osteuropas teilweise beträchtliche Reparaturen oder Verbesserungen der Trassenführung, des Fahrbahnbelags oder des -unterbaus.<sup>14</sup> Eine grundlegende Verbesserung hat sich bei der Qualität der Verkehrsstrassen bislang noch nicht ergeben. Immerhin sind in der Region seit Beginn dieses Jahrzehnts die Anteile, welche die Investitionen durch die öffentlichen Haushalte, aus denen sich Verkehrsinfrastrukturinvestitionen in der Regel speisen, am Gesamtprodukt stellen, bei rückläufiger wirtschaftlicher Entwicklung stark zurückgegangen.<sup>15</sup>

Die Defizite bei der Verkehrsinfrastruktur treten gegenwärtig nicht so stark in Erscheinung, weil sich die verfügbaren Verkehrsstrassen momentan einer vergleichsweise niedrigen Belastung gegenübersehen. Infolge der Transformationskrise erlebten die MOE-Länder in den zurückliegenden Jahren starke Einbrüche ihrer Transportleistungen, besonders gravierend beim Gütertransport. Die Zahl der im Jahre 1994 insgesamt in Mittel- und Osteuropa erbrachten Tonnenkilometer machte nur noch gut 70 vH des Niveaus des Jahres 1990 aus (vgl. Tabelle 2). Von diesem Rückgang wurden ausnahmslos alle Reformländer erfaßt. Unterdurchschnittlich fielen die Einbußen bei den Gütertransportleistungen lediglich in Polen aus. Rückgänge um mehr als die Hälfte erlebten hingegen die Länder Südosteuropas und des Baltikums.

Zukünftig muß aber bei einem Erstarren der gesamtwirtschaftlichen Leistung mit wieder anschwellenden Transport- und Verkehrsströmen gerechnet werden. Das gilt in besonderem Maße für den straßengebundenen Gütertransport, der seinen Anteil an der insgesamt in den MOE-Staaten er-

<sup>11</sup> Vgl. neben vielen anderen HAVLIK, P.: Trade reorientation and competitiveness in CEECs, in: Dobrinski, R., Landesmann, M. A. (Hrsg.): Transforming economies and European integration. Aldershot u. a. 1995, S. 141-162.

<sup>12</sup> Zit. nach SUCHORZEWSKI, W.: Poland, in: European Conference of Ministers of Transport (Hrsg.): Transport infrastructure and systems for a new Europe. Paris 1994, S. 67-106.

<sup>13</sup> Das Durchschnittsalter der beispielsweise in Ungarn in Gebrauch befindlichen Eisenbahnschienen lag 1989 bei 25 Jahren. Ein Zehntel aller Schienenwege war älter als 60 Jahre, vgl. OKOLICSANYI, K.: The plight of the Hungarian state railroads, in: RFE/RL Research Report, Jg. 1 (1992), Nr. 47, S. 41-45.

<sup>14</sup> Zit. nach: EUROPEAN CONFERENCE OF MINISTERS OF TRANSPORT: Transport infrastructure in Central and Eastern European countries – selection criteria and funding. Paris 1995, S. 106.

<sup>15</sup> Vgl. EUROPEAN BANK FOR RECONSTRUCTION AND DEVELOPMENT: Transition report 1995 – Investment and enterprise development. Economic transition in eastern Europe and the former Soviet Union. London 1995, S. 66-75.

Tabelle 2:

Güterbeförderungsleistungen seit 1990 (Eisenbahn-, Straßen-, Binnenwasserstraßen- und Pipelinetransport)  
- netto, in Mio. tkm, sofern nicht anders angegeben -

	1990	1991	1992	1993	1994	1994 in vH von 1990
Mittel- und Osteuropa insgesamt	436.325	332.905 <sup>f</sup>	294.802	279.893	239.425 <sup>a</sup>	-30,2 <sup>a</sup>
Ostmitteleuropa	256.508	206.469	198.521	189.311	197.846	-22,9
Polen	138.745	115.912	112.482	117.967	126.244	-9,0
Slowakische Republik <sup>b</sup>	30.373	22.338	24.824	20.508	17.992	-40,8
Slowenien <sup>c</sup>	7.649	6.289	4.833	4.251	4.383	-42,7
Tschechische Republik <sup>b</sup>	50.256	39.617	37.167	30.928	34.000	-32,4
Ungarn	29.485	22.313	19.215	15.657	15.227	-48,4
Südosteuropa	119.592	79.923	62.191	56.283	12.177 <sup>a</sup>	-53,5 <sup>a</sup>
Bulgarien <sup>d</sup>	26.194	16.470	14.302	12.516	12.177	-53,5
Rumänien	93.398	63.453	47.889	43.767	k. A.	k. A.
Baltische Staaten	60.225	46.513 <sup>f</sup>	34.090	34.299	29.402	-51,2
Estland	9.076	k. A.	5.104	5.208	5.028	-44,6
Lettland <sup>e</sup>	24.391	21.605	12.615	11.105	10.922	-55,2
Litauen	26.758	24.908	16.371	17.986	13.452	-49,7

<sup>a</sup> ohne Rumänien. – <sup>b</sup> ohne Pipelinetransport. – <sup>c</sup> nur Eisenbahn und Straßentransport. – <sup>d</sup> ohne private Transportleistungen. – <sup>e</sup> ohne Transport auf Binnenwasserstraßen. – <sup>f</sup> ohne Estland. – Bemerkung: „Netto“ bedeutet, daß sich die Tonnage als die Summe des Gewichts der beförderten Güter und der Verpackungen bemißt. Das Gewicht der jeweiligen Transportträger bleibt unberücksichtigt.

Quellen: Nationale Statistiken; Berechnungen des IWH.

brachten Gütertransportleistung zwischen 1990 und 1994 von 24 auf gut 30 vH steigerte. Diese Änderungstendenz des *modal splits*, Zeichen einer fortschreitenden Dezentralisierung des Transports, dürfte sich zukünftig weiter fortsetzen. Außerdem nimmt der motorisierte Individualverkehr rapide zu. Im Durchschnitt wuchs zwischen 1990 und 1993 die Zahl der in der Region zugelassenen PKW zwischen 2,5 vH (in Ungarn) und 15 vH (in Estland) jährlich. Trotz erheblich gesunkener wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit erlebte bis auf die Slowakei keines der hier betrachteten Länder seit der Systemwende ein Jahr mit abnehmendem PKW-Bestand. Zu beachten ist, daß auch die durchschnittliche Nutzung der Fahrzeuge pro Jahr zunimmt, weil Versorgungsmängel bei Treibstoffen und Ersatzteilen nicht mehr auftreten und dadurch die Stillstandszeiten der Fahrzeuge zurückgehen. Die Verkehrsinfrastruktur droht im gegenwärtigen Zustand zu einem Engpaßfaktor der wirtschaftlichen Entwicklung zu werden.

#### **Neuausrichtung der nationalen Verkehrskonzepte**

Mittlerweile ist in allen Reformstaaten eine Neuausrichtung der Verkehrspolitik in Gang gekommen. Drei Schwerpunkte lassen sich dabei herausstellen.

Erstens geht es gegenwärtig eher um den Erhalt und die Instandsetzung bereits bestehender Verbindungen und weniger um einen forcierten Ausbau der Verkehrssysteme. Nennenswerte Veränderungen der Netzlängen gab es zuletzt nur in Polen, wo das Straßennetz von 1990 bis 1994 um 7,4 vH erweitert wurde, jedoch im Gegenzug 7,3 vH der Bahnstrecken stillgelegt wurden. Projekte, die zu einer Erweiterung der bestehenden Verkehrsnetze führen werden, stellen in den MOE-Staaten gegenwärtig noch eher die Ausnahme als die Regel dar. In vielen Reformländern setzen die Regierungen, traditionell Träger infrastruktureller Maßnahmen, ihre Ausgabenprioritäten nicht bei der Verkehrsinfrastruktur. Das hängt zum einen mit dem Bemühen zusammen, Budgetdefizite abzubauen oder gar einen Budgetüberschuß zu erreichen. Zum anderen erhalten sich die Regierungen,

die durch das gegenwärtig sehr niedrige Niveau der Transporttätigkeit nicht genau abschätzen können, welche Verkehrsverbindungen und welche Verkehrsträger in absehbarer Zeit gebraucht werden, ihre Planungsflexibilität, wenn sie sich nicht zu früh auf den Bau bestimmter Trassen festlegen.<sup>16</sup>

Zweitens dominiert bei den Verkehrskonzepten der MOE-Staaten der Straßenbereich. Einerseits wird der Bau bisher fast vollständig fehlender Ortsumgehungsstraßen vorangetrieben. Andererseits geht es um die Fortentwicklung der Autobahnnetze, wobei Ostmitteleuropa am konsequentesten zu Werke geht. In dieser Region wuchsen die Autobahnnetze zwischen 1990 und 1994 zusammen um mehr als 10 vH. Hier wird auch Gebrauch von modernen Finanzierungs- und Betreibervarianten gemacht. Namentlich in Ungarn findet eine Übernahme von Autobahnen in private Trägerschaft bereits statt.<sup>17</sup>

Bei der Bahn wird es zukünftig zu weiteren Streckenstilllegungen kommen. Die verfügbaren investiven Mittel werden für die Anpassung der jeweiligen Hauptstrecken an höhere Standards gebraucht. Im Zuge einer Netzoptimierung müssen die in Nutzung verbleibenden Strecken generell doppelgleisig ausgebaut und mit Oberleitungen versehen werden. Außerdem bedarf es zur sicheren und reibungsloseren Abwicklung des Verkehrs moderner Signalanlagen. Insgesamt muß die Leistungsfähigkeit der Bahn zunehmen, will sie ihren begonnenen Niedergang auf absehbare Zeit stoppen.

Wie jüngst durch den neuen Grenzübergang an der deutsch-polnischen Grenze bei Görlitz / Zgorzelec belegt, liegt der dritte Schwerpunkt der Verkehrspolitik der MOE-Länder auf einem Ausbau der Verkehrsverbindungen in Ost-West-Richtung, insbesondere derjenigen von und nach Westeuropa. Die Planungen sehen vier Trassen mit europaweiter Bedeutung vor, die zukünftig Mittel- und

Osteuropa in Ost-West-Richtung durchqueren sollen.<sup>18</sup> Im einzelnen sind das die Trassen Berlin - Warschau - Minsk und weiter bis nach Moskau, Dresden - Wrocław - Katowice - Kraków - L'vov, Prag - L'vov und schließlich Triest - Ljubljana - Budapest - Bukarest. Dem steht lediglich ein Korridor in Nord-Süd-Richtung gegenüber, der vom Baltikum über Warschau und Budapest in den südlichen Balkan verläuft.

Bei der Erstellung der nationalen Verkehrsstrategien arbeiten die Reformstaaten eng mit inter- und multinationalen Organisationen wie der Europäischen Union, der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, der Europäischen Investitionsbank und der Weltbank, aber auch einzelnen Staaten Westeuropas zusammen.<sup>19</sup> Langfristig wird eine vollständige Eingliederung der mittel- und osteuropäischen Verkehrssysteme in die westeuropäischen Strukturen angestrebt. Grundlage dafür sind die diesbezüglichen Passagen in den bilateralen Assoziierungs- bzw. Europaabkommen zwischen der EU und den MOE-Staaten.<sup>20</sup> Höchste Priorität hat das Anliegen der MOE-Länder, die mittel- und osteuropäische Verkehrsinfrastruktur in die im Vertrag von Maastricht fixierten transeuropäischen Verkehrsnetze zu integrieren.<sup>21</sup> Die dafür erforderliche Angleichung der Verkehrsinfrastrukturstandards bedarf erheblicher finanzieller Ressourcen, die nur über einen längeren Zeitraum aufgebracht werden können. Finanzielle Hilfen von außen können dabei nicht eigene Anstrengungen der Reformländer ersetzen, wollen diese ihr Ziel, die zukünftigen Verkehrsströme auf Dauer zu bewältigen und damit die jeweilige Standortqualität zu sichern bzw. zu erhöhen, nicht verfehlen.

*Thomas Meißner*  
(*thm@iwh.uni-halle.de*)

<sup>16</sup> Theoretische Erläuterungen zu diesem Verhalten u. a. bei ARROW, K. J., FISHER, A. C.: Environmental preservation, uncertainty, and irreversibility, in: Quarterly journal of economics, vol. 88, 2 (May 1974), S. 312-319, und HENRY, C.: Option values in the economics of irreplaceable assets, in: Review of economic studies, Jg. 41 (1974), S. 89-104.

<sup>17</sup> Vgl. dazu SZILAGYI, Z.: New highway opened in Hungary; in: Omri Daily Digest, Nr. 4 (5. Januar 1996), Teil 2; vgl. zur ungarischen Verkehrsstrategie u. a. Vilag-gazdasag, 28. März 1996; Nepszabadsag, 9. November 1995 und 3. Januar 1996; Hvg, 14. Oktober 1995 und 12. August 1995; Figyelö, 12. Oktober 1995.

<sup>18</sup> REYNAUD, C., u. a.: European transport trends and infrastructural needs. Paris 1995, S. 101 ff.

<sup>19</sup> Als Koordinierungsstelle der ost- und westeuropäischen Verkehrspolitiken fungiert die European Conference of Ministers of Transport. Zukünftig wird jedoch die Rolle der Europäischen Union bei der europaweiten Planung und Entwicklung der Verkehrsnetze weiter zunehmen.

<sup>20</sup> Im Falle Polens niedergelegt in den Artikeln 68 und 81 des Europa-Abkommens zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Polen andererseits vom 13. Dezember 1993, Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. L 348/1.

<sup>21</sup> So z. B. REYNAUD, C., u. a., a.a.O., S. 101.